

aggressive revanchistische Politik. Sie wären vielmehr, wie das Politiker der Bundesrepublik selbst ausgedrückt haben, der „Fuß in der Tür“ der DDR — und damit sogar

Entgegengesetzte Entwicklung

In Bonn regt man sich nun auf — oder besser: Man tut so, als ob man sich aufrege —, weil sich die sozialistische DDR erklärtermaßen von der imperialistischen BRD abgrenzt anstatt sich ihr anzunähern; Das stände im Widerspruch zur friedlichen Koexistenz.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn friedliche Koexistenz das friedliche Nebeneinanderbestehen von Staaten mit unterschiedlicher, ja, gegensätzlicher Gesellschaftsordnung bedeutet, so ist es doch völlig klar, daß sich diese Staaten in entgegengesetzter Richtung entwickeln, sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer tiefergehender voneinander unterscheiden. Die Erkenntnis und Anerkennung dieser Tatsache ist die Voraussetzung für eine realistische Politik der friedlichen Koexistenz.

Die Abgrenzung, wie sie sich heute zwischen der DDR und der BRD vollzieht, ist keine Erfindung der DDR, sondern ein objektiver Prozeß. Da die BRD immer mehr das spätkapitalistische System ausbaut und verfestigt, sich immer enger in eine NATO integriert, während auf der anderen Seite die DDR als sozialistischer Staat ihr sozialistisches Gesellschaftssystem zum Wohle aller Werktätigen weiter ausbaut und vervollkommnet, vollzieht sich gesetzmäßig eine immer schärfere Abgrenzung.

Im Kommunique über die XXV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

möglicher Ausgangspunkt für eine „innerdeutsch“ getarnte Aktion des Revanchismus. Wir denken aber nicht daran, uns Bonner Stiefel in die Tür stellen zu lassen.

erklären die Teilnehmer eindeutig, „daß die Vertiefung und Vervollkommnung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration ein von den kommunistischen und Arbeiterparteien und den Regierungen der Mitgliedländer des RGW bewußt und planmäßig gestalteter Prozeß ... ist.“

Es zeigt sich: Die Abgrenzung zwischen Imperialismus und Sozialismus vollzieht sich im Weltmaßstab und damit genauso zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der kapitalistischen BRD.

Im übrigen haben sich die herrschenden Kreise der Bundesrepublik selbst seit 1945 systematisch von allem abge-

Klares Konzept für den Frieden

Einen großen prinzipiellen Unterschied allerdings gilt es auch in bezug auf die Abgrenzung zu beachten: Der Sozialismus grenzt sich politisch, ökonomisch und ideologisch bewußt vom Imperialismus ab. Aber er verfolgt ebenso konsequent eine Politik der friedlichen Koexistenz. Das gilt auch für das Verhältnis der DDR zur BRD, Der Imperialismus dagegen, geführt von den USA, sabotiert die friedliche Koexistenz und betreibt, wo immer er kann, eine Politik der offenen Aggression. Er verfolgt mit seiner Globalstrategie eingeständenermaßen das Ziel, die sozialistischen Staaten auf

grenzt, was in Deutschland den Fortschritt verkörpert. Sie haben sich von den Festlegungen des Potsdamer Abkommens über Entmilitarisierung, demokratische Reformen und Ausschaltung der Konzerne abgegrenzt und diese Festlegungen sabotiert. Sie haben sich nach der separaten Währungsreform auch staatlich total abgegrenzt, indem sie 1949 die BRD gründeten. Und sie haben durch den Beitritt zum NATO-Militärpakt die Frontstellung gegen die DDR verschärft. Sie haben den Antikommunismus zur Staatsdoktrin erhoben. Auch die SPD-Führung hat ihn im Februar 1971 erneut für alle SPD-Mitglieder als verbindlich erklärt. Das geht weit über eine ideologische Abgrenzung hinaus. Das ist die unmittelbare Kampfansage gegen den gesellschaftlichen Fortschritt.

Während also die Regierenden in Bonn über die Abgrenzung der DDR vom Imperialismus lamentieren, stellen sie selbst die Abgrenzung vom Kommunismus und vom Sozialismus als Aufgabe.

diese oder jene Weise zu beiseitigen. Das gilt auch für die Politik der BRD. Die Ablehnung völkerrechtlicher Beziehungen zur DDR, die Manöver gegen eine europäische Sicherheitskonferenz sind unmittelbarer Ausdruck für diese gegen Sicherheit und Frieden gerichtete Politik.

Unsere Partei hat auf dem VIII. Parteitag in fünf Punkten ein klares Konzept der DDR für die friedliche Koexistenz und die Festigung des Friedens in Europa entwickelt. Sie befindet sich damit in voller Übereinstimmung mit dem großen Friedensprogramm der KPdSU.

Arne Rehahn